

Die Volksstimme
erscheint täglich mit Ausnahme
der Tage nach Sonn- und
Festtagen.
Verantwortlicher Redakteur:
Franz Reichle, Magdeburg.
Für den Inseratenteil:
Carl Panfau, Magdeburg.
Verlag von B. Garbaum,
Magdeburg-Neustadt.
Geschäftsst.: Schmiebesoffstr. 5/6
Druck von E. Arnoldt,
Magdeburg
Fernspr. - Anschluß
Nr. 1567, Amt I.

Volksstimme

Prämienliste gabbarer
Abonnementspreise:
Bietestafel inkl. Bringerlohn
2 Mt. 25 Pf., monatl. 80 Pf.
In der Expedition u. den Aus-
gabestellen 2 Mt., monatl. 70 Pf.
Bei den Postanstalten 2,50 Mt.
exkl. Postgebühren.
Einzeln Nummern 5 Pf.
Sonntagsnummer 10 Pf.
Belegblätter Nr. 7242.
Inserationsgebühr 15 Pf.

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Unterhaltungsbeilagen der Volksstimme: Die Neue Welt (achtseitig, illustriert) und der Romanbogen. Außerdem: Der Landbote.

No. 43.

Magdeburg, Donnerstag, den 20. Februar 1896.

7. Jahrgang.

Das Aschenbrödel.

Die Schule ist das Aschenbrödel im Staate, sagte einst der berühmte Pädagoge Diesterweg. Und sie wird es, namentlich in Preußen, noch lange bleiben. Dort giebt man sich alle Mühe, die Wahrheit des Diesterweg'schen Spruchs zu erhärten. Das neue Lehrerbefoldungs-gesetz soll die Lehrer noch abhängiger von ihren Vorgesetzten machen, als sie es bisher schon waren. Die sprach-würdliche Misere des preussischen Lehrertums erfährt dadurch eine neue Beleuchtung.

In Preußen gab es nach einer vor 5 Jahren auf-genommenen Statistik 34742 öffentliche Volksschulen mit 76167 Lehrkräften und 4916476 Schülern. Die Kosten beliefen sich auf etwa 146 Millionen Mark, von denen 82 Millionen auf das Land und 64 Millionen auf die Städte entfielen. Davon wurden 46 Millionen aus Staatsfonds entnommen, 98 Millionen wurden durch Leistungen der Verpflichteten und 1378983 Mark durch Schulgeld aufgebracht.

Das Land wird insofern bevorzugt, als bei den Zu-wendungen „behuft allgemeiner Erleichterung der Volks-schulasten“ auf örtliche Verhältnisse, Lebensmittelpreise u. c. keine Rücksicht genommen wird. Dazu kommen noch andere Bevorzugungen und diese sollen in dem neuen Befoldungs-gesetz bedeutend erhöht werden. Hier nimmt das Gesetz einen agrarischen Charakter an, daß man fast glauben könnte, man habe es mit einem jener „kleinen Mittel“ zu thun, mit denen Herr v. Marschall der notleidenden Land-wirtschaft zu Hilfe kommen will. Aber dies soll auf Kosten der Städte geschehen und darum hat auch der unlängst zu Berlin stattgehabte Städtetag einen Protest gegen diese Begünstigungen, die namentlich den östlichen Provinzen zu Gute kommen sollen, erlassen.

Doch abgesehen von diesem agrarischen Zuge sind es namentlich die Bestimmungen über die Alterszulagen, welche die schwersten Bedenken hervorrufen müssen und die in schreiendem Widerspruch mit den einfachsten An-forderungen unserer Zeit stehen.

Der Lehrerberuf ist ebenso wichtig als mühevoll und aufreibend. Daß es für die Lehrer Dienstalterszulagen giebt, ist nicht mehr als billig, und es ist nur zu bedauern, daß sie so niedrig sind. Und nun sollen diese Alters-zulagen nicht gewährt werden als ein berechtigter Anspruch der Lehrer, sondern es soll von dem Ermessen der vor-gesetzten Behörde abhängen, ob die Alterszulagen gegeben werden. Der Lehrer muß, wenn er sie erlangen will, sich die Zufriedenheit seiner Vorgesetzten in dienstlicher und außerdienstlicher Führung erworben haben.

Man traut seinen Augen kaum, wenn man diese Dinge liest. Wir schreiben doch 1896!

Das jetzt bestehende Disziplinarrecht zwingt den Lehrer ohnehin, sich vor den Vorgesetzten zu ducken. Aber das genügt dem herrschenden System nicht. Es soll jede Möglichkeit aufhören, daß solch ein Lehrer einmal „wider-spenstig“ werden kann. Und darum wird der Brotkorb der Alterszulagen höher gehängt, und soll so hoch gehängt werden können, daß er unerreichbar wird.

Da tritt wieder der Herr Pfarrer in seine alten Machtbesugnisse ein. Ohne sein Wohlgefallen kann der Lehrer die Alterszulage nicht bekommen; also muß er in und außer dem Dienste so leben, wie es dem Herrn Pfarrer gefällt. Er muß schließlich je nach dem Vorbilde des Seelenhirten der kirchlich-orthodoxen oder liberalen Richtung angehören. Und wenn die Person des Herrn Pfarrers wechselt, so kann auch kommen, wenn der neue Herr Pfarrer andere Anschauungen hat, daß der Lehrer die seinigen zu wechseln hat. Ist der Herr Pfarrer ein lustiger Kumpan, wird es der Lehrer auch sein sollen und kauft dabei Gehalt, von einem weniger lustigen Nachfolger im Pfarramt als ein „Kind der Sünde“ betrachtet zu werden. Der Herr Pfarrer wird seine besonderen Ansichten über den Unterricht aussprechen und der Lehrer wird danach zu unterrichten haben, wenn seine eigenen Ansichten auch ganz andere sind und wenn er die Forderungen des Seelenhirten für verderblich hält. Kurzum, aus diesem Verhältnis können die schönsten Blüten der Sireberei emporsprießen, denn ein armer Lehrer ist auf die Alters-zulage angewiesen und hat in tausend Fällen dann nur die Wahl, seine Gefinnung zu verleugern oder sich mit seiner Familie Entbehrungen aufzulegen, die kaum zu tragen sind.

Und der Unterricht selbst? Der Lehrer kann den besten und redlichsten Willen haben, seine Pfinglinge mit was Bildung für den Kampf ums Dasein auszustatten; wenn der Pfarrer den bekannten Grundsatz vertritt, daß in den modernen Schulen „zu viel“ gelehrt und gelernt werde, so muß sich der Lehrer danach einrichten und das Wissen seiner Schüler möglichst verkümmern. Der ganze Unterricht muß unter diesem Verhältnisse leiden.

Wenn man sich an die Zeiten des Kulturkampfes er-innert — welche Phrasen wurden damals geleistet von der erfreulichen Entwicklung der preussischen Schule! Es war das die Zeit des „großen“ Falls, da die National-liberalen in ihrem Freudentaumel thaten, als würde die Schule binnen kurzem von allem geistlichen Einfluß befreit sein. Man jubelte ganz umsonst, denn Fall besaß absolut nicht die Energie, um die Schule von den geist-lichen Einflüssen zu befreien, und daß Bismarck dies im Ernste anstrebte, dies konnten nur nationalliberale Dufel-köpfe glauben. Heute sieht man ganz genau, wie in den regierenden Kreisen die Schule in ihrem Verhältnis zur Kirche aufgefaßt wird.

Von den Regierungen wird bei jeder Gelegenheit be-tont, daß der Richter unabhängig sein müsse. Wenn der Richter unabhängig sein soll, warum dann nicht auch der Lehrer wenigstens innerhalb des ihm vorgezeichneten Systems? Der Lehrer hat sich ohnehin schon mit seinem Unterrichte innerhalb eines genau abgegrenzten Gebietes zu bewegen; warum soll er von den etwaigen Launen und Eigentümlichkeiten von Vorgesetzten abhängig sein? Der Lehrer hat, wie ein freisinniges Blatt mit vollem Rechte bemerkt, nicht nur zu unterrichten, sondern auch zu er-ziehen. Und das kann er absolut nicht, wenn über ihm das Damoklesschwert der Ungunst eines Pfarrers oder eines anderen Vorgesetzten schwebt. Die reaktionäre Strömung, die in das Volksschulwesen eingedrungen ist, geht schon darüber hinaus und erreicht das akademische Gebiet; man will ein Disziplinargesetz gegen die Privat-docenten zu stande bringen, um auch diese im Falle miß-liebiger Gesinnung maßregeln zu können.

Die aus dem Centrum und den Konservativen im preussischen Abgeordnetenhaus sich bildende Mehrheit wird ohne Mitleid dem Lehrer den Brotkorb höher hängen, denn diese beiden reaktionären Parteien haben ein Inter-esse daran, daß der kirchliche Einfluß möglichst gestärkt und dem deutschen Volke kein Kopfschmerz durch allzu vieles Wissen bereitet werde. Mit derselben Rücksichtslosigkeit, mit der diese Koalition im Reichstage die Rückwärtsbildung der Gewerbeordnung betreibt, wird sie überall einen lähmenden Einfluß gegen eine moderne und freiheitliche Ausgestaltung unserer politischen Zustände geltend machen. Dieses Kartell ist vielleicht noch schlimmer als das Kartell von 1887, denn Pfaff und Junker wollen direkt ins Mittelalter zurück. Aber der Gegenstoß wird nicht aus-bleiben. Die Herren drehen am Rade der Zeit allzu kräftig rückwärts, und das Rad wird ihren Händen ent-gleiten und sie unsanft zur Seite schnellen.

Politische und volkswirtschaftl. Überblick.

Gegen die sächsische Wahlrechtsvorlage erheben jetzt die Leipziger Universitäts-Professoren Geh. Hofrat Dr. Binding und Geh. Hofrat Dr. Sohn in Gemeinschaft mit dem Vorsitzenden des „Vaterländischen Vereins“ in Leipzig Dr. phil. Voigt in einem Aufsatze ihre warnende Stimme, indem sie gleichzeitig alle vaterlandsliebenden und königstreuen Männer zur Mitunterzeichnung dieses Aufrufs auffordern. In diesem Aufruf heißt es u. a. wörtlich:

Wir fürchten von der Annahme dieses Gesetzesvorwurfs bedenkliche Folgen für das politische Leben in Sachsen, eine Steigerung des politischen Indifferentismus, wenn nicht eine Verbitterung in weiten Kreisen patriotisch gesinnter Staatsbürger; ja wir sehen als End-ergebnis ein Wachstum der Sozialdemokratie voraus.

Außerdem veröffentlicht Prof. Sohn in den Leipziger Neuesten Nachrichten einen Artikel zur Abänderung des sächsischen Wahlgesetzes, der mit dem Regierungsentwurf grausam ins Gericht geht. Er nennt den Entwurf ein Unglück für das Vaterland. Ueber den Zweck der Reform äußert er sich:

Formell ist den Wählern der dritten Klasse ihr Wahlrecht gelassen worden, ja, das Wahlrecht hat innerhalb der dritten Klasse, wie schon bemerkt wurde, eine Erweiterung erfahren, aber das Wahlrecht der Wähler dritter Klasse ist entwertet. Es ist praktisch bedeutungslos geworden. Darin liegt das, was man die „Wahlentwertung“ genannt hat, und diese Entwertung des Wahlrechts der Wähler dritter Klasse stellt den eigentlichen Gedanken und Zweck der Wahlrechts-Vorlage dar. Alles andere ist Nebensache. Man nimmt was man bereits gegeben hatte. Die Wähler betrachten ihr Wahlrecht mit Grund als ein Mittel, auf die Verbesserung ihrer gesellschaftlichen Lage hinzuwirken. Man entwertet ihnen dies Mittel. Ist das gerecht? Können die Wähler sich nicht mit Grund auf ihre gleiche Wehrpflicht und ihre gleiche Steuerpflicht berufen? Oder ist etwa ihre Steuerleistung deshalb eine geringere, weil sie im Betrage hinter den Steuern der Vermögenden zurückbleibt? Ist die Meinung, daß die geringe Steuer des Vermögenslosen als Leistung einen größeren Wert besitzt, als die leicht getragene hohe Steuer des Reichen.

In Dresden veröffentlichten hervorragende Arbeitgeber in den nächsten Tagen eine Erklärung gegen den Wahlrechtsentwurf, da dieser für den sozialen Frieden bedenklich sei. Gilt alles nichts, die Reaktion will ihre Triumphe feiern.

Ein lehrreiches Beispiel für die erzieherische Wir-

kung des Dreiklassenwahlsystems liefert die am 15. d. M. im vierten Berliner Wahlkreise vorgenommene Landtagsersatzwahl. Von 34.313 Wahlberechtigten machten nur 1375 Personen von ihrem Wahlrecht Gebrauch.

Wozu die Religion den herrschenden Klassen dient, das sagt uns unummunden ein Organ eben dieser Klassen, nämlich die Weser-Zeitung. Sie gesteht nämlich zu: Die weltliche Obrigkeit erwartete von der Kanzel und der Seelsorge vorzugweise die Erziehung der Massen zur Unterwerfung unter die hergebrachten harten Bedingungen des Daseins, und die privilegierten Klassen zeigten hauptsächlich aus dem nämlichen Grunde den lebhaftesten Eifer für die Religion, der den persönlichen Überzeugungen ihres meisten Mitglieder wenig zu entsprechen schien.

Das haben wir immer gesagt, aber die Gegner haben sich bisher mit Händen und Füßen dagegen gewehrt.

Wir erwähnten bereits, daß in Bezug auf die An-stellung weiblicher Fabrikinspektoren die Magde-burgische Zeitung sich in Widerstreit gesetzt hat mit dem Antrag der nationalliberalen Partei. Das Blatt schreibt: „Die Forderung weiblicher Gewerbeinspektoren fängt an auch in Deutschland die öffentliche Meinung mehr zu be-schäftigen. In Hessen ist sie bereits Gegenstand der Beratung in den Kammern gewesen. Die erste Kammer hatte ihr zugestimmt; die zweite hat sich begnügt, die An-stellung weiblicher Assistenten zu empfehlen. Im Reichs-tage, wo die Anstellung von Fabrikinspektorinnen außer bei den Sozialdemokraten auch bei einem Teile der Liberalen Unterstützung fand, hat sich der preussische Handelsminister, wenn auch nicht geradezu ablehnend, doch mit großer Zurück-haltung über die Neuerung ausgesprochen. Und mit Recht.“ Und „mit Recht“ werden die Arbeiter über die Arbeiterfreundlichkeit der Nationalliberalen, deren Theorie und Praxis zwei abstrakte Begriffe sind, lächeln. Inter-essant ist weiter folgendes Geständnis: „In liberalen Kreisen wird die Forderung vielfach aus dem Grunde unterstützt, weil man glaubt, mit ihrer Bewilligung den sozialdemokratischen Schreibern den Mund stopfen zu können.“

Bei der Etatsberatung (Titel: Zölle und Steuern) wird unsere Partei die Aufhebung der Salzsteuer beantragen. Zur Zeit hat das Volk 45 Millionen für die Salzsteuer aufzubringen. Welche Stellung die übrigen Parteien hierzu einnehmen werden, ist noch ungewiß. Bekanntlich hatte sich jüngst sogar Herr v. Stumm für die Aufhebung dieser Steuer ausgesprochen; den hieraus sich ergebenden Einnahmeausfall wollte v. Stumm durch das Tabakmonopol gedeckt wissen.

In Weisitz verbot die Polizei die Ausführung Ger-bart Hauptmanns Weber. Bereits zweimal war das Stück unbeanstandet aufgeführt worden.

Der Bund der Landwirte hat am Dienstag im Circus Busch vor dicht besetztem Hause seine Vorstellungen begonnen. Die Eröffnungssprache hielt der bekannte Pöhl. Der Mitgliederstand des Bundes beträgt 199000. Im verfloffenen Jahre sind 24000 Personen aus- und 25000 Personen eingetreten. Ein schöner Laubenschlag. Den alten Säulen wurde eine neue Schabracke aufgelegt und sie wurden unter tosendem Beifall in die Manege geführt. Dimetallismus und Kanitismus waren die ersten Programm-nummern.

Sämtliche landwirtschaftliche Vereine der Provinz Westpreußen petitionieren gegen die Zuckersteuer-vorlage.

Schweiz.

Der Kanton Solothurn hat in einer Volksabstimmung das Arbeiterinnenschutz-Gesetz, gegen welches sich keine Opposition erhob, mit 6798 gegen 743 Stimmen bestätigt. Solothurn ist nun der dritte Kanton, der den gewerblichen Arbeiterinnen, die dem Fabrikgesetz nicht unterstellt sind, besonderen Schutz gegen Überarbeitung und Ausbeutung gewährt. Unter dieses Gesetz fallen die Arbeiterinnen der Konfektions- und Webegeschäfte, Wäschereien und Büglereien, Weißwaren-, Krawatten- und Korsettengeschäfte und Unternehmungen ähnlicher Art. Die Arbeitszeit beträgt 11 Stunden täglich, an Vorabenden von Sonn- und Festtagen 10 Stunden.

Frankreich.

In dem Prozesse gegen das Revolverblatt La France, das die falsche Liste der 104 zu Expurgationszwecken ver-öffentlicht hatte, wurden auf Veranlassung des Verteidigers Andrieux als Entlastungszeugen vorgeladen: der gegen-wärtig eine Gefängnisstrafe abbüßende frühere Minister Balthaut, ferner Arton, unter dem Titel „früherer General-agent der Parlamentsreporter“ und der frühere Detektiv Dupas. Alle drei sind in einem Nebenraume des Gerichtshofes anwesend. Die linksstehende Presse eröffnet ein schneidendes Kleingewehrfeuer gegen den volksfeindlichen Senat, diesen als erste Kammer organisirten Geldsäckelklingel. Die sozialistische Kleine Republik (Petite Ré-publique) schreibt: „Wir werden unsere Unterhaltung mit

dem Senat fortsetzen, sie hat für uns Reize. Wenn die Herren Senatoren sich sperren, wird man ihnen Conzett (Gipskugeln, womit sich beim römischen Carneval die Masken bewerfen) ins Gesicht werfen.“

Portugal.

Die Regierung hat in den Cortes einen Gesetzentwurf zur Bekämpfung anarchistischer Umtriebe eingebracht, in dem nicht nur anarchistische Handlungen, sondern auch die Verbreitung solcher Lehren durch Wort und Schrift, die auf Grund der bisher geltenden Gesetze nicht geahndet werden kann, mit strengen Strafen bedroht werden. Der Presse soll es in Zukunft nicht gestattet sein, über anarchistische Thaten und Reden eingehende Berichte zu veröffentlichen. Behufs wirksamerer Ueberwachung der anarchistischen Umtriebe soll die Zahl der Polizeienten, besonders in der Hauptstadt, eine bedeutende Vermehrung erfahren.

Zur Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen.

Inland.

Die Tischler Berlins haben am Montag begonnen, ihre Forderungen in sämtlichen Werkstätten durchzuführen. Bis abends 6 Uhr waren 482 Betriebe mit 4722 beschäftigten Gehilfen angemeldet, wo die Forderungen sämtlich bewilligt worden sind; darunter befinden sich die großen Fabriken von Pfaff, Binger u. Friedrichsen, Midwarth u. Meigel, u. a. m. Vom Obermeister der Zunftung ist die Mitteilung eingegangen, daß die Meister eine fünfgliedrige Kommission gebildet haben, die mit der Kommission der Arbeiter über strittige Fälle unterhandeln soll. Die Möbelpolierer, die sich bekanntlich mit dem Vorgehen der Tischler solidarisch erklärt haben, sind ebenfalls in einer bedeutenden Anzahl Werkstätten siegreich gewesen. Bis Montag abend 7 1/2 Uhr hatten 96 Werkstätten, die zusammen 238 Möbelpolierer beschäftigen, die Forderungen bewilligt. Außerdem haben eine ganze Anzahl Kollegen bewilligt bekommen, nehmen aber die Arbeit nicht eher auf, bis auch die Tischler ihre Forderungen bewilligt erhalten. Das Streikbureau und der Arbeitsnachweis der Möbelpolierer befinden sich nur Blumenstraße 38 bei Wiedemann. — Aus Friedrichsberg wird gemeldet, daß die Einseher des Tischlermeisters Holstein, die auf dem Bau Petersburgerstraße 88 beschäftigt waren, die Arbeit infolge der Tischlerbewegung niederlegten. — Ferner sind in Weiskense sämtliche Tischler der Holzbearbeitungsfabrik Friedrichstraße 23/25 wegen Nichtbewilligung der Forderungen in den Ausstand getreten. — Der Tapezierer-Streik bei der Firma Jacob u. Braunisch in Berlin, Alexanderstr. 27a, ist zu Gunsten der Gehilfen beigelegt. Die Forderung von 27 Mark Lohn wurde bewilligt. Der Bevollmächtigte der Filiale Berlin des Allgemeinen deutschen Tapezierervereins. — In Erlangen hat die Lohnbewegung der Weißgerber mit dem Siege der Arbeiter geendet. — Das sind alles erfreuliche Resultate, an denen die Arbeiter lernen können. Ein Berufskongreß der Handels-Gilfsarbeiter Deutschlands findet am 24 und 25. Mai in Halberstadt statt. — In der Broncewaren-Fabrik von Gebr. Vitz Nachfolger in Berlin, Wasserhorst. 61, haben die Arbeiter wegen Lohnminderungen die Arbeit eingestellt. — In Büllschow bei Stettin haben auf der Neuen Mühle 14 Zimmerer die Arbeit eingestellt, weil ihre Forderung, den Stundenlohn von 27 1/2 auf 30 Pf. zu erhöhen, abgeschlagen worden ist.

Zur Konfektionsarbeiter-Bewegung.

Zu dem Ausstand der Konfektionsarbeiter wird aus Arbeiterkreisen gemeldet, daß für die Ausständigen bedeutende Geldbeträge aus allen Schichten

der Bevölkerung einlaufen, so daß von der Fünfer-Kommission voraussichtlich schon in der nächsten Woche Unterstüßungsgelder gezahlt werden können. Die Unterstüßungen sollen für Männer 10 Mark, für Frauen 7 Mark betragen. — Die Vertreter der Damen- und Kinderkonfektion von Berlin hielten am Sonntag vor-mittag im „Brandenburger Hause“ unter dem Vorsitz des Herrn Ferdinand Manheimers eine Sitzung ab. In derselben wurden die Forderungen der Arbeiter als undurch-selbbar und der Streik der Meister als Ueberrumpelung bezeichnet. Die Meister wollten dadurch nur die Sympathie der großen Masse erwerben. Die Forderung der Einführung eines Lohntarifs wurde allgemein als unmöglich geschilbert; auch der von einigen Seiten gemachte Vorschlag, die Arbeit nach der darauf verwendeten Zeit zu berechnen und einen Minimallohn festzusetzen, fand nur wenig Anklang. Hingegen erklärte man sich mit einer prozentualen Lohnhöhung im allgemeinen einverstanden. Nachdem die Kommission ihre Hauptaufgabe erfüllt und die Polizei zu energischen Abwehrmaßnahmen gezwungen haben wird, wird sie mit den Streikenden in Unterhandlungen treten. — In einer Versammlung der Schneidermeister der Herren-, Damen- und Kinderkonfektionsbranche wurde mitgeteilt, daß am Mittwoch Verhandlungen vor dem Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts stattfinden sollen, an denen die Konfektionäre, die Meister aller Branchen, die Fünfer-Kommission und 120 Teilnehmer der beteiligten Branchen teilnehmen sollen.

Der Streik in der Berliner Konfektion ist jetzt auf der ganzen Linie ausgebrochen. Es wird weder in den Werkstätten der Damen- noch der Herren-Konfektion gearbeitet.

Ausland.

Die am 16. d. M. in Aarau stattgefundene General-versammlung des Verbandes der Angestellten der schweizerischen Transportanstalten, die von etwa 12000 Personen besucht war, nahm einstimmig eine Resolution an, worin es heißt, es sei, da kein anderer Ausweg zur Erreichung des gewünschten Zieles vorhanden wäre, im Prinzip der allgemeine Ausstand der schweizerischen Eisenbahnangestellten zu erklären. In der Hoffnung jedoch, daß die Verwaltungen sich in letzter Stunde zu einem Vergleich auf friedlicher Grundlage entschließen würden, und mit dem Wunsche, es möge nicht zum äußersten kommen, richtete die Versammlung die dringende Bitte an die Direktoren, sie möchten sich bis zum 29. Februar zu einer Konferenz mit dem Centralkomitee des Verbandes der Angestellten der schweizerischen Transportanstalten verstehen, damit in gemeinsamer Beratung die Angelegenheit gütlich geregelt werde. Sollten die Direktoren dem Wunsche nicht entsprechen oder kein Vergleich erfolgen, so ist das Central-komitee der Eisenbahnbeamten ermächtigt, die nötigen Maßnahmen zu treffen, die für die gesamten organi-sierten Eisenbahnbeamten verbindlich seien.

Aus den Gerichtssälen.

Nürnberg. (Nachwehen des Zimmerer-Streiks.) Im Mai v. J. drang während des Streiks der Zimmerer eine Anzahl Ausständiger unter Führung des Formermachers Hagen in dem unfriedlichen Werkplatz des Zimmermeisters Merkel ein, suchte unter Ausstoßung von Drohungen die Zimmerleute zur Niederlegung der Arbeit zu bewegen und entfernte sich erst, als Polizei geholt wurde. Nur der kleinere Teil der Eindringlinge konnte ermittelt werden. Die Strafkammer verurteilte nummehr wegen schweren Hausfriedensbruchs und Nötigung den

Führer Hagen zu 6 Monaten, fünf der Teilnehmer zu und einen zu 4 Wochen Gefängnis.

Magdeburger Chronik.

Magdeburg, 19. Februar 1896.

Die Unterstüßungen für die streikenden Schneider u. Schneiderinnen laufen zahlreich ein. In geheimer Nummer quittiert der Borwärts über 11373 Mark 95 Pf. Wir sind sicher, daß auch die Magdeburger Bevölkerung, soweit sie solidarisch mit den armen Opfern kapitalistischer Ausbeutung erklärt, alles thun wird, die Not der Streikenden zu lindern. Der Anfang ist bereits gemacht; gestern konnten wir über kleine Beträge quittieren, welche der Expedition zur Uebermittlung an die Streikenden überliefert wurden. Die Expedition wird auch ferner bemüht sein, über alle Eingänge gewissenhaft zu quittieren. Eine öffentliche Danksagung ist insofern notwendig, da in Berlin zweifelhafte Personen mit Aktien herumgegangen sind und für die Streikenden gesammelt, das Geld aber für sich verwendet haben.

Die Unposant verlassene Volksversammlung, welche die streikenden Schneider und Schneiderinnen ihre Sympathie ausdrückte wird von der Magdeburger Zeitung völlig unterdrückt. Recht ist das durch die Magdeburger Zeitung begangene Unrecht. Auch nicht zu wissen, was dem armen Volk genügt hat. O ihr national-liberalen „Arbeiterfreunde“.

Zur Beachtung für Stellenlose! In diesem Zeitung werden Maschinenstößer, Werkstattemonteur für die Maschinenfabrik Berlin, Halle a. S. und Maschinenbauer für Berlin von Paul Hübner Berlin N. Schauffstraße 28 B. gesucht. Um die Interessen der Arbeiter zu wahren, empfehlen wir Stellenlosen, vor Annahme von Arbeit sich zu erkundigen in Halle bei Herrn Mittag, Streiberstraße 6, in Berlin bei Herrn G. Faber, Berlin C. Grenadierstr. 10 vorne I. Beide Personen sind Vertrauensleute der Gewerkschaften.

Wegen des Bäckerstreiches sind in letzter Zeit ver-schiebene Bemerkungen über Unbereitschaft, Krankheit der Geister u. a. la geworden. Der Vorstand der Bäckerinnung hat nun beschlossen, daß sie wirken, daß fortan jeder von den Innungspräsidenten in Arbeit z schickende Bäckergehilfe vorher ärztlich untersucht werden soll.

Den Händlern mit mecklenburgischen Lotterielosen ist die Polizei wieder einmal scharf auf der Spur. Sie hat sogar z dem außergewöhnlichen Mittel der „Reißperre“ gegriffen, um auch d Kunden jener Händler kennen zu lernen. Danach werden alle vo Preußen aus an die Händler gerichtete Brief- und Geldsendungen be den betreffenden Postämtern beschlagnahmt und eventuell zu Strafzwecken gegen die Absender benutzt.

Die Bevölkerungszahl Magdeburgs stellte sich am 11. Januar wie folgt: Altstadt 90 988, Wilhelmstadt 15 598, Friedrichs- stadt mit Werder 8599, Sudenburg 28 992, Neustadt 44 261, Buda 16 351, zusammen 214 786 Personen (107 028 männliche, 107 758 weib- liche), gegen die Vorwoche mehr 292 Personen. — In der Woche vom 2.—11. Januar wurden geboren 67 männliche, 72 weibliche, zusammen 139 Personen; todtgeboren 1. Gestorben sind 42 männliche, 43 weibliche zusammen 85 Personen, darunter an Diphtherie und Group 6. Die Zahl der Zugewogenen betrug 1204, die der Fortgezogenen 966.

An Kleptomanie leidet der Arbeiter Mathias Kraus z Budau, geb. 1865, zu leiden. Er hat seit dem Jahre 1891 gefändlich in 76 Fällen in Restaurationen und Cafes alle nur erdenklichen Wödel Haus- und Küchengeräte gestohlen, um seine Wohnung damit au zuhalten. In dem einen Fall ist er eingekerkert. Das Landgericht verurteilte den Angeklagten zu 4 Jahren Zuchthaus, 10 Jahren Eps verlaßt und Polizeiaufsicht.

Massenheirat. In der Magdeburger Zeitung stoßen wi auf folgendes Inserat: „Heirat. 200 reiche Berliner sende sofort Offerten. . . . Berlin. Herren 10 Wennig Porto. Zu Damen umsonst.“ Inzwischen werden auch die auf diese Weise ge- stände kommenden Ehen in dem Himmel geschlossen.

Städtischer Schlacht- und Viehhof. Auftrieb am Dienstag den 18. Februar 1896 108 Rinder (einschließlich 36 Bullen), 183 Rätter 185 Schafvieh zc., 906 Schweine.

An den städtischen Volksschulen zu Magdeburg ist d Schulanstandat Heinrich Schleicher zum Lehrer provisorisch bestell worden. — Seitens der Regierung erteilt ist dem Lehrer W. Schmidt zu Magdeburg die Erlaubnis zur Fortführung der in der Wilhelmstadt bestehenden Privatschule.

Unfälle. In der städtischen Krankenanstalt fanden sich namhte: der Arbeiter Louis K., der auf einen Wankentische hinter- fabrik von einem Decken gestoßen worden war und dabei eine Arm- verrenkung erlitten hatte, der Arbeiter Hermann B., der sich bei einer einzigen Zeit auf einer Treibriemenfabrik eine Fingerschwellung zugezogen hatte, woraus eine Fingerverletzung entstanden war, und das 11jährige Mädchen Anna K., das in voriger Woche im Nordfrontgelände hin- gefallen war, wodurch es eine Verletzung am Oberarm erlitten hatte.

Kunstkreis ausgekundschaftet hatte, schied er mit einem grimmtigen Fluche von der unbankbaren Stadt.

Seit längerer Zeit schon hatte er es aufgegeben, Gewinn und Verlust auf seine Kappe zu nehmen, und hatte seine Leute, die zum größten Teile aus seiner Familie bestanden, zu einer Teilungsgesellschaft organisiert. Niemand hatte zu widersprechen gewagt in Hoffnung auf den künftigen großen Gewinn, nur Klara sagte zu Brenner:

„Paß auf, wenn das Geschäft besser geht, zahlst er wieder Gehälter, oder — zahlst sie auch nicht.“

Die Folge hatte ihr recht gegeben. Bald aber sanken wieder die Einnahmen und von neuem begann der un-sichtige Bühnentreger seinen Staat kommunistisch umzu- gestalten. Es wurde genau nach Recht und Gewissen ge- teilt, die Damen erhielten aus Ritterlichkeit und besonders da sie für ihre Garderobe allein zu sorgen hatten, 1 1/2 Teile, die Herren einen Teil des Reingewinnes jeglicher Abendinnahmen, der Direktor aber als lebender Zeuge der idealen Gerechtigkeit nahm für sich auch nur einen Teil in Anspruch. — indessen zog er für seine verschiedenen Obliegenheiten einen Konzeptionssteil, einen Bibliotheksteil, einen Garderobe-, einen Regie-, einen Direktions- und einen Reisetil ab, so daß er mit den 1 1/2 Teilen seiner Freundin, des Fräulein Bruschke, einer Maid von 58 Jahren, und denen seiner beiden Töchter über 11 1/2 Teile zu verfügen hatte.

Er zählte jetzt ungefähr 62 Jahre. Er hatte ein bemegtes Leben hinter sich, das er manömal den Stau- gärten des Theaterlokals mit der Grandezza eines Hidalgo zum Besten gab.

Nur durch einen hassenstollen Zufall oder durch hinterlistige Intriguen war ihm der Platz eines Hof- theater-Intendanten entgangen. Die ihm gebührende Stellung hatte ein junger ablicher Fant eingenommen. Nun, er sei auch mit dieser Schicksalsstüde zufrieden; unter seiner Direktion allerdings, das mußte ihm ja auch der ärgste Feind zugestehen, wäre das Hoftheater zu einem Kunstinstitut ersten Ranges emporgewachsen —, und jetzt um die Wahrheit zu gestehen, jetzt sei es nicht mehr, als eine mit Glitterpracht umhängte Schmiere. Er habe sich aber furchtbar gerächt, auf eigene Faust habe er eine Ge- sellschaft gegründet, und frei und unabhängig von jedem Servilismus einer Hofcharge führe er sein Direktions- zepter.“ (Fortsetzung folgt.)

Fenilleton.

(Schonard verboten.)

Schauspieler-Clend.

Ein Stüb aus dem Bühnenleben von Julius Zart.

Anna hatte sich inzwischen doch entschlossen, ihrem Kinde zu trinken zu geben. Sie schielte nach der Hören- stein hin, ob sie ihr Begleiter wohl sehen könnte. Dana zog sie widerwillig die Milchflasche hervor, und nachdem sie diese aus einem Wildschöpfe, den sie einem Korbe unter ihren Füßen entnahm, gefüllt hatte, steckte sie dem Kinde den Saugnapf in den Mund. Mit hastigen Zügen langte das arme Ding. Während, daß die Hörenstein recht behalten, murmelte Anna zornig: „Mit schwind- süchtigen Sungenpfeifen mag man zusammenfahren — es wird immer besser —, wie leicht kann man da ange- sticht werden.“

Sie biß sich ingrämig auf die Lippen und nun ihre Augen hesteten sich voll Ärger und Haß halb auf Klara, bald auf das kleine Wesen, das auf ihrem Schoß lag.

Annas Gesicht gewährte keinen unshönen Anblick. Wenn der häßliche, mürrische Zug, der von den Wangen- kugeln zum Mund führte und der durch ihr mürrisches, abwesendes Wesen sich stetig vertiefte, verschwand; wenn der Mund sich zu einem freundlichen Lächeln öffnete, er- schienen zwei Reihen glänzendweißer Zähne. Sie stachen seltsam von dem farblosen Teint ihres Gesichts ab. Die halbe Stirn verdeckte eine Reihe rotbrauner Ringellocken, die aus dem vollen Kopfschopf hervorliefen. Manchmal, besonders wenn ein Besucher ihr ein Kompliment über ihre Schönheit sagte, konnten ihre blaugrauen Augen glänzend bliken, doch seit der Geburt ihres zweiten Kindes wollten deren Augenblicke nicht mehr kommen. Sie pugte sich gern heraus, oftmals zog sie ihr schwarzes Hüpfen- kleid, das ihre volle Figur eng umgab, trotz der Ab- mahnungen der Frau Bruschke, nach deren Willen sie „die guten Kleider, ihr Handwerkszeug, nicht präparieren dürfe“, schon am Tage an und folgte mit mürrischer Miene durch die Stadt. Doch wo sollte sie jetzt bei zwei Kindern die Zeit zu solchen Freunden hernehmen? Dieser Gedank über vormaligen Gemüths machte sie mürrisch und mürrisch. Die Väter der Kinder, reuende Schauspieler, waren längst von ihr gegangen.

Die Kinder blieben ihr zurück. Sie haßte sie; wenn sie sah, wie ihre Schwester Klara, die erste Viehhaberin, die es die hinter den Öhren habe, wenn sie nur reden wolle“, umschwärmt wurde. Sie fühlte sich stets zurück- gesetzt, von allen verrachtet, und sie hatte doch die größte Arbeit. Der kleine Kuno, ein hübscher fünfjähriger Söpling mit blonden Haaren und bligblauen Augen, merkte ihr noch den wenigsten Kummer. Des Tags trieb er sich auf der Straße herum und nur, wenn er Hunger hatte, oder wenn er von seinen Spielgenossen als Kom- dianenjunge gehänselt und geschlagen wurde, kam er heim.

Aber das jüngste, das schwache, kleine Mädchen, mit dem dünnen, schmächtig grauen Aermchen, das sie in ihrem Schlaf hörte, das sie den ganzen Tag wiegen mußte, das fortwährend krank und wund war, das Ding ärgerte sie gar sehr. Wie oft hatte sie den Vater und das Kind verurteilt, wie oft hatte sie es aus blohem Ärger über seine Existenz geschlagen.

Der Kuno war der Siebling seines Großvaters, müt- tern auch der Siebling der ganzen Gesellschaft. Die Mit- glieder kümmerten sich um den kleinsten Klugheit des kleinen nichtsnutzigen Bengels, der schon als zweijähriges Kind des Abends mitgewinkt hatte.

Nicht allein in der Liebe zum kleinen talentvollen Kuno folgten die Mitglieder dem Direktor, nein, in allem war er ihnen ein Vorbild. Was er befaß, geschah so- fort. Niemand wagte, trotz seines schlachten Gehörs, laut zu reden oder Worte fallen zu lassen; denn schon oft war es vorgekommen, daß Helmer selbst bei schlechtem Wetter das leiste Geräusch hörte, während er zu anderer Zeit nicht einmal das laute Schreien der Kleinen vernahm.

Seit langen Jahren schon war er Direktor und wanderte mit seiner Truppe von Stadt zu Stadt. Die Ränge seines Berufslebens näherte sich natürlich stets nach unten hin. Der eine Stadt künftigen genau, seinen bedeutenden Theaterverpflichtungen, die er persönlich leitete, durch geschickten Schach die gesägende Anerkennung zu zahlen, so verließ er die Stadt nicht eher, als bis ihn die letzten Sülle davon überzeugen, daß den echten und reichten Sinn für die Kunst dieses elende Publikum nicht bejaße, daß er sich wieder einmal gerächt hätte.“

Während gab er am Abend noch den Befehl, sich bereit zu halten, und nachdem er in der Nähe einen anderen

Althaldensleben. (Brandstiftungen.) In der Nacht vom Freitag zum Sonnabend brannte die Scheune des Koffathen Schütze nieder.

Bingerbrück. (Weidenraub.) Hier wurde die Leiche eines etwa dreißigjährigen Mannes gefunden.

Freienau b. Berlin. (Berunglückt.) In der Nacht zum Montag fuhr an der Ecke der Rheinstraße und Sponholzstraße eine Dampf-
Krausenbahn-Lokomotive auf einen Wägelwagen, dessen Räder lebend
geschleift verlor.

Hamburg. (Großfeuer.) Die Reis-Dampfmühle in Moorfleet an der Elbe ist abgebrannt.

Kattowitz. (Sommerbrunnen.) Von den 5 in der Königin-
Quartier-Grube verarbeiteten Bergleuten sind bisher ein Loter, ein leicht
und ein schwer Verletzter aufgefunden.

Marburg. (Erwürgt.) Als in Wetter der Wirt Junst bemerkt
war, einige Anstößer aus seinem Lokale zu entfernen, wurde er von
einem dieser am Halse gewürgt, so daß der Tod sofort eintrat.

Wachenheim. (Schwindler.) Im vorigen Jahre war dahier
ein junger Mann Namens Michael Hirsch als israelitischer Religions-
lehrer, Schlichter und Friedhofsanwieser tätig.

London. (Die Nötigen Strahlen im Dienste der Chirurgie.)
In Aberdeen wurde aus dem Fuße eines Kranken nach vorausgegangener
photographischer Annahme mittelst Nötigenstrahlen eine zwei
Centimeter lange Nadel entfernt.

Wien. (Selbstmord.) Der Stellvertreter des General-Sekretärs
der Nordbahn, Kneusalber, hat sich im Centralbad erschossen.

Parlamentarische Nachrichten.

Berlin, den 18. Februar 1896.

Die erste Beratung der von den Sozialdemokraten und
Freisinnigen eingebrachten Gesetzentwürfe **das Vereins-
und Versammlungsgesetz** betreffend, wurde heute vor
fast leerem Hause fortgesetzt; auch der Bundesrat war
schwach vertreten. Die Diskussion wurde eröffnet durch
den Abg. Rickert, der Herr war heute recht humorvoll
und beschäftigte sich viel mit dem bibelfundigen Abg. Schall,
der wohl allerlei Schmeicheleien für die armen Landarbeiter
hatte, sich aber für die Organisation der Arbeiter, ein
einheitliches Vereins- und Versammlungsgesetz nicht
ermöglichen konnte. Redner trat entschieden für den Antrag
Auer ein und empfahl als Grundlage des künftigen
Gesetzes das Württembergische Vereinsgesetz, das bereits
Auer in seiner Einleitungsrede empfohlen hatte. Das
Messen mit zweierlei Maß wurde von dem Redner
gebührend besprochen und die Erwartung hieran geknüpft,
daß die Regierung endlich einmal erkennen möge, daß
hieraus nur die Sozialdemokratie Gewinn ziehe. Das
scharfe Vorgehen der Polizei auf dem Gebiete des Vereins-
und Versammlungswesens habe nach Anschauung des
Redners das Bürgerthum zurückgedrängt und unfähig
gemacht, mit Erfolg den Kampf gegen die Sozialdemo-
kraten zu führen. Aus Rickert sprach heute der Frauen-
rechtler, wenn auch in beschränktem Sinne; immerhin
wollte Rickert auch den Frauen das Koalitions- und
Vereinsrecht gewährleisten wissen. Scharfe Pfeile richtete
Rickert auch auf die Regierung, wodurch der Staatssekretär
v. Bötticher veranlaßt wurde, den Angriffen entgegenzu-
treten. Wenn der Reichstag in einer Kommission etwas
Ersprießliches schaffen würde, so würde dies von der
Regierung acceptiert werden; nur bezweifelt Redner, daß
durch das kommende Vereinsgesetz die Wünsche der Volks-
vertreter berücksichtigt werden. Herr v. Stumm erklärte
sich begreiflicherweise für eine Aenderung der geltenden
Vereinsgesetze; im preussischen Landtage will Herr v. Stumm
einen Vorstoß wagen; es müsse aber der Grundgedanke
im künftigen Gesetze austauschen, daß zweierlei Recht ob-
waltet: die Umsturzparteien müßten anders behandelt
werden als die sogenannten Ordnungsparteien. Die
Sozialdemokratie sei ausgeprochenem Maße eine revolu-
tionäre Partei, welche Staat und Gesellschaft stürzen will.
Nach Stumm kam Hammacher, nach Hammacher Frau.
Der nationalliberale und antimilitärische Redner bekämpfte
nicht nur die vorliegenden Anträge, sie widersprachen auch
dem von freisinniger Seite gestellten Antrag, einer Kom-
mission die Materie zu überweisen. Die Behauptungen
dieser Parteien, daß sie jedem Deutschen das ihm zu-
stehende Recht sichern wollen, daß sie die Freiheit des
Wortes, der Rede wahren wollen, ist durch das Auftreten
dieser letzten beiden Redner trefflich gekennzeichnet. Gegen
den Antrag Auer sprach auch heute der neue preussische
Polizeiminister — er hielt seine Jungferrede im Parla-
ment. Das vorgebrachte Material genigte dem Minister
nicht, eine Aenderung der Vereinsgesetzgebung zu befür-
worten; ihm war auch das Vorgelegene fremd; von
einem Messen mit zweierlei Maß sei in Preußen keine
Rede; Redner warnte vor tendenziösen Beschuldigungen.
Die Rede des Ministers wurde vielfach unterbrochen und
zwar von mehreren Seiten, die längst das Uebel unserer
Vereins- und Koalitionsbestrebungen erkannt. Eine treff-
liche Antwort gab unser Genosse Grillenberger. Er rügte

dem Minister scharf auf den Leib und verlangte von ihm
die Erklärung, ob er den Bund der Landwirte, der sich
auf breiter Grundlage aufgebaut, als politischen Verein
betrachte. Der Minister antwortete jedoch nicht. Abg.
Benzmann vertrat den Standpunkt der freisinnigen Volks-
partei; er beehrte den Herrn v. Bötticher über die ver-
fassungsmäßigen Bestimmungen, welche auszuführen Pflicht
der Reichsregierung sei. Und hierzu gehört die reichs-
gesetzliche Regelung des Vereins- und Versammlungswesens.
Während der Rede des Abg. Benzmann war
einer der konservativen Redner eingeschlafen und von seinem
Sessel gefallen. Dieser Moment wurde sofort von einigen
Volksvertretern benutzt zur Einbringung eines Schluß-
antrages, der schließlich unter Protest der Sozialdemo-
kraten, Freisinnigen und Antisemiten angenommen wurde.
Das Schlußwort für den sozialdemokratischen Antrag er-
hielt Genosse Altgenau, der u. a. einige in Magdeburg
bemerkbar gewordene Uebelstände rügte. Das Schluß-
wort für den Antrag der Freisinnigen erhielt Abg. Mundel,
welcher noch einmal die Anschauungen der Gegner zu-
sammenfaßte und für Kommissionsberatung sprach, die
schließlich gegen die Stimmen der Rechten und des Cen-
trums angenommen wurde. — In letzter Minute erklärten
sich noch die Antisemiten für Kommissionsberatung, ob-
wohl ihr Redner Frauot sämtliche Anträge scharf be-
kämpfte und sich noch reaktionärer als Liebermann von
Sonnenberg benommen hatte. Der Umschwung trat ein,
als Professor Dr. Hüpeden namens der christlich-sozialen
Partei die Erklärung abgab, daß seine Partei für die An-
träge eintrete.

43. Sitzung vom 18. Februar, 1 Uhr.

Zunächst wird die erste Beratung des Antrags Auer und Gen.,
betreffend das Recht der Versammlung, Vereinigung und Koalition in
Verbindung mit dem Antrag Auer und Gen. (Freis. Volksp.) betr. das
Vereins- und Versammlungswesen fortgesetzt.

Abg. Rickert (Freis. Volksp.) beantragt, die beiden Anträge einer
Kommission zu überweisen, die positive Vorschläge zu machen hätte,
dann nach der Erklärung des Centrums sei ja eine Annahme der Anträge
in der vorliegenden Form ausgeschlossen. Die von Dr. Bachem befor-
wortete Resolution, die Regierung aufzufordern, baldmöglichst ein ein-
heitliches Vereins- und Versammlungsgesetz vorzulegen, würde keinen
Zweck haben. Sollte jedoch das Württembergische Vereins- und Ver-
sammlungsgesetz im Reich eingeführt werden, so würden seine Freunde
schon dies für einen großen Fortschritt halten. In dem ruhigen
Württemberg, das die beste Verfassung habe, seien die wenigsten
Sozialdemokraten, das vielgeliebte Sachsen und Pommern aber, die in
Verzug auf reaktionäres Vereinsrecht die meisten Mitglieder seien,
hätten die meisten Sozialdemokraten. Der Pastor Schall, der neulich
über alles andere, bloß nicht über das Vereins- und Versammlungsgesetz
redete, hat auch unter Berufung auf den Apostel Paulus gesagt: Die
Frau gehört ins Haus! Paulus hat aber auch gesagt: Wer heiratet,
thut wohl, wer nicht heiratet, thut besser. Wenn Sie, Herr Pastor Schall,
hieraus die Konsequenzen ziehen, dann verschwinden alle Ihre Hausfrauen
und Mütter von der Bildfläche. (Heiterkeit.) Es ist doch ein unmöglicher
Zustand, wenn man die Frauen fortsetzt noch hinter unmündigen
Jungen und Lehrlingen zurücksetzt. Selbst der große Staatsmann
Jürgens hat bei einer Frauenabordnung gegenüber sich für eine Er-
weiterung der politischen Rechte der Frauen ausgesprochen. Wenn
wirklich die Sozialdemokraten auf Grund des § 8 des preussischen Ver-
einigeses befristet werden sollten, dann muß das Verfahren gegen uns
alle eingeleitet werden. Besondere Erbitterung erregt die Ungleichheit,
mit der die einzelnen Vereine von der Polizei behandelt werden, der
Minister des Innern sollte nur wissen, wie es bei uns in Pommern bei
den Wahlen zugeht, wie dort der Bund der Landwirte mit Hilfe der
Amtsvorsteher agiert, und wie die Behörden Hand in Hand mit den
Agitatoren des Bundes gehen. Gerade diejenigen, die die Macht in
ihren Händen haben und die Gerechtigkeit sollen, handeln mit Ansehen der
Person. (Lachen rechts.) Ihr Vaden beweist nur Ihre Verleumdung.
Jung rechts: Au! Eine Regierung, die das duldet, verdient sich von
Ihren bevorzugen zu lassen. Glauben Sie wirklich, daß Sie durch
Herumdrängeln mit dem Vereinsgesetz der Sozialdemokratie Schaden
thun? Nein, dadurch wächst nur die Kraft und der Mut der Sozial-
demokraten; man schafft ihnen Wäntzer. (Beifall links.)

Staatssekretär v. Bötticher: Herr Rickert hat unter Berufung
auf Artikel 4 der Verfassung der Regierung Käuflichkeit in der Ausübung
ihrer Pflichten vorgeworfen. Indessen legt meiner Ansicht nach der
Artikel der Regierung keine bindende Verpflichtung auf, sondern geben
nur den Kreis der Gegenstände an, auf die sich die Kompetenz des
Reiches erstreckt. Aber auch materiell war der Vorwurf un begründet
weil gerade auf dem Gebiete des Vereins- und Versammlungswesens man
mit dem dort geltenden Recht zufrieden ist. Gegen den Vorschlag Rickerts
in einer Kommission den Versuch zu machen, etwas Brauchbares und
nach allen Richtungen hin Ausreichendes zu schaffen, haben die Re-
gierungen selbstverständlich nicht.

Abg. Frau v. Stumm (Npt.): An ein einheitliches Vereins- und
Versammlungsgesetz ist nicht zu denken. Es bleibt nur übrig den recht-
lichen Zustand, wie er heute besteht, im Wege der Landesgesetzgebung
einer Revision zu unterziehen. Freilich ist es nicht möglich, den Frauen
und den unmündigen Kindern politische Rechte zu gewähren. Alle
Sozialdemokraten sind doch nicht Arbeiter und umgekehrt, denn die
sozialdemokratischen Abgeordneten sind alle Unterhändler, Reizungs-
schreiber u. dgl. Umsturzparteien und faule Kalkanten müssen mit
zweierlei Maß gemessen werden. Die Sozialdemokraten wollen nach
wie vor die blutige Revolution.

Abg. v. Marxhausen (natl.) schließt sich dieser Abwehr an
und hält ferner ein einheitliches Vereins- und Versammlungsgesetz für
wünschenswert, aber die sozialdemokratischen Vorschläge nicht für an-
nehmbar.

Abg. Dziewbowski (Pole) erklärt, seine Partei stehe dem
Antrag sympathisch gegenüber, das Minimum zu suchen, das den
Deutschen an Vereins- und Versammlungsfreiheit zu gewähren sei.

Abg. Frauot (Antil) erklärt, daß seine politischen Freunde sich
den beiden Anträgen gegenüber ablehnend verhalten.

Minister v. d. Redde: Man solle das heute vorliegende Thema
nicht ohne zwingende Veranlassung in den Vordergrund schieben. (Sch-
röckig rechts.) Der preussischen Regierung sei der Vorwurf gemacht
worden, als handbabe sie das Vereins- und Versammlungsgesetz in un-
gerechter und willkürlicher Weise. (Lachen links; Auf bei den Sozial-
demokraten: Das ist natürlich!) Dagegen müsse er entschieden protestieren.
Wenn auch einmal hier und da ein Verstoß vorgekommen sein möge,
so ist das doch kein Grund, von einer tendenziösen Handhabung der
Gesetze zu sprechen. Wir handhaben das Versammlungs- und Vereins-
recht gerecht, aber auch fest. Letzteres ist heutzutage notwendig. Die
Schließung der sozialdemokratischen Kreisvereine in Berlin ist eine ge-
rechte und keineswegs willkürliche Maßregel. Der Minister bestritt
ferner die Behauptung Rickerts, daß in Pommern das Vereinsgesetz
gegenüber dem Bund der Landwirte aufgehört habe zu bestehen.

Abg. Grillenberger (Soz.): Unter Antrag nimmt mehr auf
das Koalitionsrecht Rücksicht als der Antrag Auer, und das ist für
uns gerade die Hauptsache. Es ist gar kein Zweifel, daß das erwähnte
italienische Axiomate auf das Vereinsrecht verübt werden; für den preussischen
Minister des Innern handelt es sich natürlich nur um angebliche
Axiomate, er selbst ist in jeder Studentenlaufbahn von der Polizei
niemals bedrängt worden. Aber andere Staatsbürger haben den Ris-
kand an ihrem Leibe erfahren. Die Auflösung der sozialdemokratischen
Kreisvereine wird der Regierung unangenehmer sein als uns, wir
haben einen großen Vorteil davon gehabt, aber trotzdem müßten wir
gegen eine derartige partielle Handhabung des Gesetzes protestieren.
Redner verliest einige Sätze aus dem Statut des Bundes der Landwirte,
um zu beweisen, daß auch dies dem Vereinsgesetz nicht entspricht. Der
Bund der Landwirte hat ja auch selbst zugegeben, daß er mit Hilfe
seiner Organisation bei den Reichstagswahlen große Erfolge erlangen

hat. (Hört, hört! links.) Auch bei uns in Bayern wird das Vereins-
recht willkürlich gehandhabt, Frauen und Unmündige können dort selbst
keine gewerkschaftlichen Interessen nicht mehr wahrnehmen. Wir haben
alle Veranlassung, daß sobald als möglich ein solches Vereinsgesetz für
ganz Deutschland geschaffen wird. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)
Abg. Benzmann (Fr. Sp.): Die Bundesschiedlichkeit des jetzigen
Vereinsrechts in Deutschland könne sich für jeden Staatsbürger unter
Umständen sehr unangenehm bemerkbar machen. Die beiden vorliegenden
Gesetzentwürfe seien unbrauchbar und müßten unbedingt ur geändert
werden. Redner erklärt sich mit der Kommissionsberatung einverstanden.
Hierauf wird die Diskussion geschlossen. Das Schlußwort für den
sozialdemokratischen Antrag erhält

Abg. Dr. Altgenau (Soz.): Gestagt wurde ganz allgemein
über das Verbot des Inverbindungtretens der politischen Vereine. Das
preussische Vereinsgesetz verbietet allerdings das Inverbindungstreten, aber
es verpflichtet die Behörden nicht, in jedem Falle der Zuwiderhandlung
einzuschreiten. Es stellt also der Polizei anheim, ob sie einschreiten will.
Die Frau ist den kantilen Laken, der Versicherungspflicht usw. unter-
worfen, sie muß Beiträge bezahlen, kann auch eine Rente beziehen, aber
kräftigsten darf sie das Gesetz nicht. Die Frauen sind interessiert am
Koalitionsrecht, am bürgerlichen Gesetzbuch etc., und da will man ihnen
das Recht nehmen, bei rein politischen Dingen mitzuwirken!

In Föderationen habe ein Referent eine öffentliche Versammlung im
Rathhause über das bürgerliche Gesetzbuch halten wollen. In dem
Bescheide, der ihm auf sein Ansuchen wurde, heißt es: Wenn Sie für
das bürgerliche Gesetzbuch sprechen wollen, so wäre ich nicht abgeneigt,
Ihnen den Rathhauseaal zur Verfügung zu stellen. Da dies aber nicht
anzunehmen ist, muß er Ihnen verweigert werden. In Uebung
wurden Vertrauensmänner-Versammlungen aufgelöst; die Beschlüsse
dagegen wurde vom Oberpräsidenten v. Bennigsen als unbegründet be-
zweifelt. Das Gericht sprach aber die Angeklagten frei. Wenn von der
preussischen Gesetzgebung versucht werden sollte, das Vereinsrecht zu
ändern, so widerspreche das schon dem Art. 4 der Reichsverfassung.
Wollen Sie eine Kommission, so haben wir nichts dagegen. Wir
können in unseren Versammlungen die Ueberwachung vollständig ent-
behren, wir bedürfen überhaupt keines Vereinsgesetzes: Kinder und
Schulen überwacht man und Verbrecher stellt man unter Polizeiaufsicht,
aber eines freien Mannes ist es unwürdig, sich überwachen zu lassen.
Nach einem weiteren Schlußworte des Abg. Mundel (fr. Sp.)
werden die Anträge Auer und Genossen sowie Auer und Genossen an
eine Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen.
Nächste Sitzung morgen 1 Uhr. Militär-Etat.

Die Beratung des **Bürgerlichen Gesetzbuches** in
der Reichstagskommission hat am Montag begonnen. Es
sollen wöchentlich vier Sitzungen abgehalten werden. Zu
§ 6 beantragte Abg. Stadthagen, die Bestimmung zu
streichen, daß derjenige entmündigt werden kann, der in-
folge von Trunksucht seine Angelegenheiten nicht zu be-
sorgen vermag, oder sich oder seine Familie der Gefahr
des Notstandes aussetzt oder die Sicherheit anderer ge-
fährdet. Nach einer weitläufigen Erörterung wurde der
Antrag Stadthagen abgelehnt. Zugleich wurde aber eine
von dem Abg. Gröber beantragte Resolution angenommen,
nach welcher das Entmündigungsverfahren so zu gestalten,
daß die Interessen und die Beweisangebote des zu Entmündigen-
den in genügender Weise Berücksichtigung finden. Eine
weitere Debatte fand statt über die Willenserklärung von
Geschäftsunfähigen. Ein Beschluß wurde noch nicht gefaßt.

In der **Budgetkommission** des Reichstags wurde am
Freitag über die Dienstaltersstufen der Beamten die Ber-
handlung fortgesetzt. Es wurden drei Resolutionen ange-
nommen, welche das Ersuchen an den Reichskanzler stellen:
a) Bei Aufstellung des nächstjährigen Etats auf eine
Erhöhung des Meistgehalts der Landbriefträger bis
1000 Mark Bedacht zu nehmen durch Einstellung einer
weiteren Gehaltsstufe mit dreijähriger Aufstiegszeit.
b) Dahin zu wirken, welche Bestimmungen über die An-
rechnung der Militärdienstzeit bis zu einem Jahre auf die
vor dem 1. Januar 1892 angestellten Beamten ausgedehnt
werde. c) In Anbetracht der durch Einführung des Dienst-
altersstufen-systems bei einzelnen Beamtenklassen eintretenden
Ungleichheiten empfiehlt es sich, mit Gehaltserhöhungen für
diese Beamtenklassen vorzugehen, insofern sie von den allge-
meinen Gehaltserhöhungen im Jahre 1890 ausgeschlossen
waren. — Die **Budgetkommission** des Reichstages
nahm eine Resolution an, wonach der Reichskanzler zu
ersuchen ist, alsbald und womöglich nach im Laufe gegen-
wärtiger Tagung dem Reichstage eine Gesetzentwurf vor-
zulegen zu lassen, welche die strafrechtliche Befolgung des
Nutzbrauchs der Amtsgewalt in den Schutzgebieten außer
Zweifel stellt. — Die **Rechnungskommission** des Reichstags hat
gegenüber den vielen **Stattsüberschreitungen** endlich ein-
mal Front gemacht. Sie hat die nachträgliche Genehmigung
verfaßt zu einer Mehrausgabe für Versuche im Artillerie- und
Waffenwesen, welcher Titel seit Jahren stets um mehrere
hunderttausend Mark überschritten worden ist. Die Statts-
überschreitung, welche diesmal in Frage kommt, bezieht
sich auf das Jahr 1894/95 und beträgt fast 400000
Mark. Die Versagung der Genehmigung ist nach der
Reinischen Zeitung erfolgt, weniger um damit wirklich die
verantwortlichen Urheber dieser Mehrausgabe haftbar zu
machen, als vielmehr um den Reichstag zu veranlassen,
einmal ernsthafter zu prüfen, wie weit es sich mit dem
Stattsrecht des Reichstages verträgt, daß regelmäßig wieder-
kehrend große Mehrausgaben erfolgen, die man thät-
sächlich, wenn einmal geleistet, nicht abheben kann, die
aber, wenn man das Ausgabebewilligungsrecht des Parla-
ments achten will, im Wege der Nachtragsforderung, so-
weit sie zu überschreiten sind, zuvor hätten bewilligt werden
müssen. — Die Reichstagsversammlung für den früheren
Abgeordneten Wambhoff in Dsnadrück, der sein Mandat
befristet niedergelegt hat, ist auf den 9. April festgesetzt
worden.

Parteinachrichten.

Die **Eröffnung des internationalen Sozialisten-
kongresses** ist jetzt definitiv auf den 27. Juli festgesetzt.
Das Vorbereitungs-komitee umfaßt Vertreter aller auf
dem Boden des Klassenkampfes stehenden sozialistischen
Organisationen Englands sowie Delegierte der großen
englischen Gewerkschaften, die bisher von den bürgerlichen
Parteien aller Länder als der Schutzwall gegen die Ver-
euchung der Arbeiterklasse mit dem Gift des Sozialismus,
und als Augentrost der herrschenden Klassen angesehen
wurden. Nun stehen schon die besten englischen Gewerk-
schaften im sozialdemokratischen Lager und der Kongreß
dürfte nicht wenig dazu beitragen, dem Sozialismus in
England neue Chancen zu eröffnen. —
Leopold Jacoby. Wir werden ersucht, folgende
Zuschrift zu veröffentlichen: Mit dem Tode Leopold Ja-

erhöht ist dessen literarischer Nachlaß, wie auch die Aufgabe einer Darstellung seines Lebens und Schaffens auf mich übergegangen. Ich richte daher an alle, die den Dichter persönlich kannten oder zu irgend einer Zeit mit ihm korrespondierten, die Bitte, mir auf sein Leben oder seine politischen, künstlerischen und philosophischen Anschauungen bezügliche Mitteilungen freundlichst zur Verfügung stellen zu wollen. Von ganz besonderem Werte sind mir Mitteilungen über die erste Lebensperiode Leopold Jacobys (die Studienzeit in Marburg und Berlin, die Thätigkeit als Parlamentsstenograph bis zur Ueberfiedlung nach Gommachio und Triest 1877) Etwa eingefandene Originalbriefe werde ich auf Wunsch der Besitzer derselben nach gemessener Abschrift sofort ihnen wieder zusenden. Im voraus allen, die mich auf die eine oder andere Art bei der Lösung meiner Aufgabe unterstützen, herzlichen Dank. Emil Haupt, Schriftsteller, Fürch-Riesbach, Holzbeinst. 31.

Strafungen, Verurteilungen etc.

Am 19. November fand in Magdeburg-Neustadt im Gasthof zum weißen Hirsche eine öffentliche Frauenversammlung statt, die von dem Polizeikommissar Stock überwacht wurde. Als Redner trat Zimmermann Wilhelm Bartels daselbst, geb. 1836, auf. Er wählte zum Vortrag das Thema „Klassenkampf und Klassengegenätze“ und erwähnte dabei, wenn vor Gericht ein Sozialdemokrat auftritt, dann sei das Urteil schon vorher fertig. Das Beweise der Straffall gegen den Redakteur Baumüller hier, wegen Majestätsbeleidigung. In dieser Redewendung wurde eine Beleidigung der Strafkammer I des Landgerichts Magdeburg erlitten und deswegen Anklage erhoben. Die Verhandlung fand am Dienstag vor der I. Strafkammer statt. Bartels behauptete, der Vorwurf der Parteilichkeit habe ihm ferngelegen. Der Gerichtshof erachtete aber den Vorwurf als einen schamlosen und erkannte wegen öffentlicher Beleidigung auf 3 Monate Gefängnis, sprach auch der Beleidigten die Publikationsbefugnis in der Magdeburgischen Zeitung zu.

Neueste Nachrichten.

Berlin. Das Einigungsamt des Gewerbegerichts verhandelte Dienstag unter Hinzuziehung von Vertretern der Arbeiter und Unternehmer über den Streit der an Holzbearbeitungsmaschinen thätigen Personen. Die Unternehmer weichen keine Konzessionen, es scheiterte somit die Einigung an der Forderung des Unternehmertums. Der Streit dauert fort.

Berlin. In 13 öffentlichen Versammlungen hielten sich die freikundigen Arbeiter und Arbeiterinnen der Konfektionsindustrie Dienstag

nachmittag 2 Uhr versammelt. Schon gegen 12 Uhr fingen die Gäste an, sich zu füllen und waren die meisten schon nach 1 Uhr vollständig abgeherrt. Die Begeisterung wächst von Tag zu Tag, täglich vergrößert sich die Zahl der Stehenden und damit die Begeisterung und der Opfermut der Arbeiter. In allen Versammlungen wurden Berichte erstattet über die augenblickliche Lage des Streiks.

Dresden. Die Lokalkommission will nunmehr, da verschiedene Geschäfte immer noch keine Erklärung abgegeben haben, daß sie gewillt wären, die 10prozentige Lohnerhöhung, wie sie von den 24 Engrosfirmen gewährt wird, auch zu zahlen, in nächster Woche eine Versammlung einberufen.

Dortmund. Genosse Bloch, Redakteur der Rheinisch-Westfälischen Arbeiter-Zeitung, wurde heute wegen Kaiserbeleidigung zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt.

Dresden. Die Gesetzgebungsdeputation der Zweiten Kammer hat bereits ihre erste Sitzung über die Wahlrechtsänderung beendet. Der Präsident Streif äußerte dabei den Wunsch, den Entwurf möglichst schnell zu beraten, damit nicht noch mehr Unruhe im Lande entstehen kann. Man arbeitet mit Hochdruck. Die Regierung erklärt sich zu täglichen Verhandlungen mit der Deputation bereit. Die zweite Sitzung dürfte noch diese Woche erfolgen und die Schlussberatung im Plenum wahrscheinlich Anfang nächster Woche.

Dresden. Auch in der Damenmäntel-Konfektion hat heute der Streik begonnen. Einige Geschäfte haben die Forderungen bewilligt.

Leipzig. Das Reichsgericht verwarf die Revision unserer Genossen Dietz und Randmann. Es handelte sich dabei um das Urteil, das die Strafkammer des Landgerichts I in Berlin gegen die zwei Redakteure des Vorwärts Dietz und Pfund, sowie den Redakteur Randmann vom Leitender Volksblatt am 29. Oktober 1895 gefällt hat.

Eingefandt.

An die Mitglieder des Konsumvereins zu Neustadt, welche in der Wilhelmstadt wohnen.

Schon seit längerem ist hier unter den einzelnen Mitgliedern die Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit eines Verkaufslagers für die Wilhelmstadt erörtert. Alle sind wohl überzeugt, daß dieses ein Fortschritt und Vorteil des ganzen Konsumvereins bedeutet. Die vielen Uebelstände, die durch Ueberfüllung der Läden, wo die Mitglieder ihre Waren wesentlich einmal entnehmen (langes Warten usw.), sollen dadurch fort. In der Rentabilität des Lagers ist durchaus nicht zu zweifeln, im Gegenteil, wer die Verhältnisse hier kennt, wird überzeugt sein, daß sich nach dem Erscheinen des Lagers die Mitglieder verdreifachen würden. Da auf der Tagesordnung der nächsten Generalversammlung die Errichtung neuer Läden steht, haben wir zahlreich in der Versammlung zu erscheinen und dafür einzutreten, daß zunächst in der Wilhelmstadt ein Lager errichtet wird.

Quittung.

Bu Postzwecken gingen ein: Rote Waife Eubenburg 62,39. — Eubenburg Fängerjubiläum am 18. Januar 51,90. — Herzog 3,00. — B. in Fernerleben vom 8. Februar 1,00. — Von acht Arbeitern bei H. Wolf-Budau 4,05. — G. R. Kaufmann 24,00. — Grüner Unter 63,85. — B. Budau 0,80. — Doppelhörn bei Kellner 0,50. — Von einer kleinen Hochzeit der Charlottenstraße durch einen Diebstahl von 3,06.

Vereine, Versammlungen, Vergnügungen etc.

Vorläufige Ankündigung. Am Montag abend findet in Friedrichslust eine Versammlung statt, in der Reichstagsabgeordneter Wurm über den Margarine-Gesekentwurf referiert.

Eine sehr gut besuchte Versammlung der Handschuhmacher lag am Sonnabend im Bürgerhaus. Albert Schmidt sprach über den Nutzen gewerkschaftlicher Organisation. Referent schilderte die mannigfachen Kämpfe, welche die Arbeiterschaft in allen Ländern mit moderner Produktion seit den letzten Jahrzehnten zu erdulden hatte, verführte die Frage, welcher Organisation der Vorzug zu geben ist; ob eine ausgesprochene politische Organisation oder ein Zusammenwirken derselben mit den Berufsorganisationen, soweit die Gesetzgebung dies ermdöglicht, die endgültige Besserstellung des Proletariats erkämpft. Die Stellung der Unternehmer den Organisationen der Arbeiter gegenüber erfuhr eine eingehende Besprechung, wie auch Redner den Arbeiter schärfer gegen den modernen Arbeiter entgegenstellte und nachwies, daß es für den Unternehmer heutzutage keinerlei materielle Interessen gibt, die ihn zwingen, sich seiner Arbeiter anzunehmen. Wie die Arbeiterschaft, welche auf sich selbst angewiesen ist, ihre soziale Lage heben kann, sprach Redner in eingehender Weise. Aus seinen Ausführungen ging hervor, wie wichtig die Organisationsbestrebungen des Proletariats gewesen, das durch die Sozialdemokratie wirtschaftlich und politisch gehoben ist und somit ein Kulturwerk ersten Ranges vollbracht hat. Mit der Aufforderung, den Individualismus zu bekämpfen, wo immer er auftritt, schloß Redner seinen mit vielem Beifall aufgenommenen Vortrag. Der Versammlung wohnten eine Anzahl Frauen, wie auch nichtorganisierte Handschuhmacher bei, welche ihren Beitritt zur Organisation erklärten.

Donnerstag, den 20. Februar:

Gesangverein „Vorwärts“, Alte Neustadt. Übungsstunde abends 8 Uhr bei Gentz, Mohlenstraße.

Situationsberichte, gemäß der ergangenen Aufforderung, sind bis heute eingegangen von den Gewerkschaften: Metallarbeiter (Friedrichslust); Maler und verwandte Berufsgruppen; Konditor; Pflanztücher und verwandte Berufsgruppen; Müller; Verein der Inhabhaber Central-Verein Deutscher Böttcher.

Wasserstände.

Table with 5 columns: Station, Date, Level, and other data. Includes stations like Außig, Dresden, Torgau, Wittenberg, Kötzlar, Barch, Schönebeck, Magdeburg, Zangerwände, Wittenberge, Dömitz, Pegel, Lauenburg.

Öffentl. Versammlung der Kupferschmiede

von Magdeburg und Umgegend am Sonntag, den 23. Februar, nachmittags 3 Uhr, in der Central-Herberge, Kleine Klosterstraße Nr. 15/16. Tages-Ordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.

Der Einberufer.

Öffentliche Versammlung sämtl. nichtgewerblicher Arbeiter, sowie aller im Handels- und Speditionsgewerbe beschäftigten Hilfsarbeiter

Sonntag, den 23. Februar, nachm. 4 Uhr im Bürgerhaus, Stephansbrücke No. 38.

Tages-Ordnung: 1. Ehrerbekanntes zum Kongress. Referent: R. Thomae. 2. Bericht des Delegierten. 3. Bericht des Referenten.

Ein eleg. Kinderwagen am 18. Okt. sowie eine vorz. Nähmaschine (hoch. anzahlige Singer), am. nur 45 Mk. Verkauf. Fischerstraße 2 I I, Vorderhaus. 104

Soeben erschienen: Der Wahre Jacob Nr. 250 (Zehnachts-Nummer) in besonderer Ausstattung, mit einem Holzschnitt: Winters Lust und Leid. Preis 10 Pf.

Soeben durch die Buchhandlung der Vollstimme, sowie sämtliche Kolportage

C. Seyffarth, Buchh. Billige Reparatur fertiger Herren- u. Knaben-Garderobe. Einigungs-Anzüge, Reparaturen und Maß nach Wunsch gutes Gewebe. Schnittwaren, Bettfedern, Federn etc. Buchh., Cognitstraße 17

Billig! Billig! Schuhwaren. Herren, Damen, Kinder-Schuhe, Stiefel, Schnitten, fertige Sachen, auch nach Maß nur Schmidtstraße 44.

Viktualwaren-Geschäft zu verkaufen Buchh., Friedrichstraße 11.

Homöopathie! Visser, homöopath. Prakt. Magdeburg, Jakobstraße 3

Wochenblatt der Magdeburger Selbstthätigen. 1. Kasse Friedrichstraße 27; 2. Kasse Stephansbrücke 7; 3. Kasse Stephansbrücke 61. Referent: Donnerstag: Zusammenkunft mit Redner; Freitag: Schlußwort mit Sachverständigen und Redner.

Wochenblatt der Haushälterinnen-Schule des Damenvereins. Referent: Donnerstag: Zusammenkunft, keine Sachverständigen und Redner; Freitag: Besondere Zusammenkunft mit Sachverständigen und Redner.

Wochenblatt der Haushälterinnen-Schule des Damenvereins. Referent: Donnerstag: Zusammenkunft, keine Sachverständigen und Redner; Freitag: Besondere Zusammenkunft mit Sachverständigen und Redner.

Wochenblatt der Haushälterinnen-Schule des Damenvereins. Referent: Donnerstag: Zusammenkunft, keine Sachverständigen und Redner; Freitag: Besondere Zusammenkunft mit Sachverständigen und Redner.

Wochenblatt der Haushälterinnen-Schule des Damenvereins. Referent: Donnerstag: Zusammenkunft, keine Sachverständigen und Redner; Freitag: Besondere Zusammenkunft mit Sachverständigen und Redner.

Wochenblatt der Haushälterinnen-Schule des Damenvereins. Referent: Donnerstag: Zusammenkunft, keine Sachverständigen und Redner; Freitag: Besondere Zusammenkunft mit Sachverständigen und Redner.

Standesamt.

Magdeburg, den 18. Februar.

Aufgebote: Bergard, Adolf Heinrich Wilhelm Martens mit Marie Friederike Dehne in Staßfurt. Tischler Christ. Heinz. Otto Johannes in Mödem mit Hermine Pauline Joh. Friedrich in Deeg. Geschäftsführender Richard Gaehe mit Frieda Friedr. hier. Maurer Friedrich Franz Drebrödt in Glienicke mit Marie Friederike Wilhelmine Richter in Büchsig. Pferdebesitzer Friedrich Schell mit Verthe Meiwert hier. Schneider August Schwanitz mit Elise Horn hier. Wäcker Otto Riemann mit Minna Henke hier. Kleidermacher Friedrich Goldschmidt in Leopoldshall mit Elise Germerhausen hier.

Eheverlobung: Schneider Christ. Daas mit Wilhelmine Peters hier. Geburten: Ella, T. des Arbeiters Adolf Müller. Frieda, T. des Schuhm. Karl Horn. Walter, S. des Tischlers Julius Schmidt. Erna, T. des Buchbinder. Brauteng. August Albrecht. Minna, T. des Buchbinders Hermann Schöbel. Fritz, S. des Kaufmanns Emil Schep.

Todesfälle: Hermine geb. Herold, Ww. des Lehrers Christoph Beder, 68 J. 20 T. Emilie geb. Brinckhoff, Ehefrau des Eisenb.-Ing. Friedr. Brinckhoff, 45 J. 5 M. 25 T. Ernst Wilhelm, Tischler, 38 J. 5 M. 10 T. Urban, S. des Kaufmanns Hermann Schulte, 7 Et. Hermine geborne Meyer, Witwe des Buchdruckertheil Friedr. Schulte, 65 J. 8 M. 17 T. Bruno Wolf, Rentier, 52 J. 8 M. 17 T. Auguste Friede, Agent, 55 J. 7 M. 6 T. Auguste geborne Jacob, Ehef. des Schneiders Karl Albin, 52 J. 5 M. 7 T. Marie geb. Blach, Witwe des Kupf. Karl Wille, 54 J. 7 M. 23 T. Otto Gerde, Arbeiter, 27 J. 5 M. 23 T. Karl Müller, Weißschneider, 48 J. 4 M. 10 T.

Sachsenburg, 18. Februar 1896. Aufgebote: Arbeiter Martin Boyzial mit Johanna Dreyer hier. Geburten: Emma, T. des Arbeiters Karl Krone. Ernst, S. des Arb. August Dange. Hans, S. des Eisenhüblers Heinrich Kleine. Paul, S. des Schlossers Ernst Döppner. Anna, T. des Schlossers Friedrich Heuning.

Todesfälle: Otto, S. des Schlossers Ad. Herr, 2 T. Paul, T. des Eisenbahnwärters Karl Ghien, 5 J. 3 M. 24 T. Arbeiter-Verwalter Gottlieb Werner, 77 J. 7 M. 28 T.

Magdeburg, den 18. Februar 1896. Aufgebote: Arbeiter Martin Boyzial mit Johanna Dreyer hier. Geburten: Emma, T. des Arbeiters Karl Krone. Ernst, S. des Arb. August Dange. Hans, S. des Eisenhüblers Heinrich Kleine. Paul, S. des Schlossers Ernst Döppner. Anna, T. des Schlossers Friedrich Heuning.

Todesfälle: Otto, S. des Schlossers Ad. Herr, 2 T. Paul, T. des Eisenbahnwärters Karl Ghien, 5 J. 3 M. 24 T. Arbeiter-Verwalter Gottlieb Werner, 77 J. 7 M. 28 T.

Magdeburg, den 18. Februar 1896. Aufgebote: Arbeiter Martin Boyzial mit Johanna Dreyer hier. Geburten: Emma, T. des Arbeiters Karl Krone. Ernst, S. des Arb. August Dange. Hans, S. des Eisenhüblers Heinrich Kleine. Paul, S. des Schlossers Ernst Döppner. Anna, T. des Schlossers Friedrich Heuning.

Todesfälle: Otto, S. des Schlossers Ad. Herr, 2 T. Paul, T. des Eisenbahnwärters Karl Ghien, 5 J. 3 M. 24 T. Arbeiter-Verwalter Gottlieb Werner, 77 J. 7 M. 28 T.

Magdeburg, den 18. Februar 1896. Aufgebote: Arbeiter Martin Boyzial mit Johanna Dreyer hier. Geburten: Emma, T. des Arbeiters Karl Krone. Ernst, S. des Arb. August Dange. Hans, S. des Eisenhüblers Heinrich Kleine. Paul, S. des Schlossers Ernst Döppner. Anna, T. des Schlossers Friedrich Heuning.

Todesfälle: Otto, S. des Schlossers Ad. Herr, 2 T. Paul, T. des Eisenbahnwärters Karl Ghien, 5 J. 3 M. 24 T. Arbeiter-Verwalter Gottlieb Werner, 77 J. 7 M. 28 T.

Hierzu als Beilage Bogen 11 des Romans: Die Waffen nieder.

Wieder eingetroffen: Pestalozzi's Ideen über Arbeiterbildung und soziale Frage. Eine Rede von Dr. Paul Natorp. Preis 40 Pfennig. In beziehen durch die Buchhandlung der Vollstimme, sowie sämtliche Kolportage.

Schuhwaren-Ausverkauf. Wegen totaler Umgestaltung und Verlegung meines Geschäftes erlasse einen großen Verkauf meines Lagers zu nie dagewesenen Preisen, um bis zum 15. März, soviel wie möglich den alten Bestand zu räumen. — Günstige Gelegenheit zur Konfirmation! August Ebert 16 Reiterstraße Magdeburg Reiterstraße 16.

Soeben eingetroffen: Zweierlei Recht. Stenographischer Bericht über die Verhandlungen des Deutschen Reichstags über die Handhabung des Vereins- und Koalitionsrechts. Preis 10 Pfennig. In beziehen durch die Buchhandlung der Vollstimme, sowie sämtliche Kolportage.

Verein Deutscher Schuhmacher Filiale Neustadt. Sonnabend, den 22. Februar, abends 8 1/2 Uhr außerordentliche Mitglieder-Versammlung in der „Grußkathol“, Schmidstraße 18. Der Vorsitzende: A. K. K.